



DIE REVOLUTIONS-GMBH (II): In Belgrad zwangen sie Präsident Slobodan Milošević zur Abdankung, in Tiflis stürzten sie Staatschef Eduard Schewardnadse, in Kiew jagten sie Wahlfälscher Wiktor Janukowitsch davon – eine neue Generation von Demokratiemachern bringt morsche Regierungen zum Einsturz. Die Amerikaner helfen bei den Volksaufständen mit Geld und Logistik – mitunter aber liegen sie politisch falsch oder bremsen die Regimegegner sogar, aus purem Eigeninteresse.

Traum vom Frühling

Enttäuschung in Bischkek und Baku, Hoffnung in Minsk – die Revolution sucht neue Ziele.

Kann man einen Volksaufstand zuwege bringen in einem Land, dem Dschingis Khan seinen Stempel aufgedrückt hat, dessen Einwohner oft noch nomadisierende Hirten sind und das im gottverlassenen Hochland des Tianschan liegt? Das lange eine Kolonie des Zaren war und erst vor 80 Jahren seine eigene Schriftsprache bekam?

Die Antwort wird dieser 24. März 2005 bringen.

14 Grad zeigt das Thermometer im kirgisischen Bischkek, nicht schlecht für die Jahreszeit. Es könnte sein Tag werden, ahnt Edil Baisalow. Ein Anruf hat den schlaksigen Brausewind aus dem Bett kaputputiert: Zwei Demonstrationzüge mit mehreren tausend Menschen sind auf dem Weg ins Zentrum – der eine von der Nasaralijew-Klinik aus, der andere hat sich in der Alma-Atinsker-Straße formiert. Ihr Ziel: das Weiße Haus am Alatoo-Platz. Baisalow erkennt die Zeichen, er kennt sie aus Kiew, er hat die ukrainische Revolution als Wahlbeobachter erlebt.

Der gewaltige Betonwürfel am Alatoo, weiß wie die Schneekappen der Fünftausender ringsherum, ist Sitz von Staatspräsident Askar Akajew. Von der siebten Etage aus regiert der gelernte Mathematiker die

gut fünf Millionen Bewohner der zentralasiatischen Republik. Nahezu 15 Jahre jetzt.

Baisalow ist 28. Von der Welt hat er noch nicht allzu viel gesehen. Er war ein Jahr lang an einer High School in North Carolina. Er hat an der Amerikanischen Universität in Bischkek studiert und sich als Geschäftsmann für ein Schweizer „Duty free“-Unternehmen versucht. Dann wurde er Chef der kirgisischen „Koalition für Demokratie und Bürgerrechte“. Doch während er nun mit fliegenden Fingern eine Sammel-Mail an seine Freunde in den Laptop hackt, an die Aktivisten der Jugend-Opposition „Kel-ke!“ (Vorwärts), an Adressen wie „freedomhouse.org“ und „soros.kg“, da fühlt er sich wie einer, der Geschichte machen wird.

„Ruft alle Medien an, die ihr erreichen könnt“, schreibt Baisalow, „jeder muss heute seine Wahl treffen.“ Über der Botschaft steht: „An alle, an alle, an alle!“ Es klingt nach Lenin, wie im Oktober 1917 zur russischen Revolution. Dann schickt er Mitarbeiter los, auf den Basaren bunte Seidenschals zu kaufen und sämtliche Vorräte an roten Tulpen. Es soll eine „Tulpenrevolution“ werden in Bischkek.

Heute wird der Tag der Rache sein. Dafür, dass die Mächtigen Kirgisiens sei-

nen Verband als „fünfte Kolonne Washingtons“ diffamierten – weil er Geld vom National Democratic Institute bekam und von der U. S. Agency for International Development, „gerade mal 120 000 Dollar im Jahr“, winkt Baisalow ab.

Er wird sich revanchieren für die Übergriffe des Geheimdienstes auf seine Wahlbeobachter im Februar und März, als sie überall im Land Fälschungen bei der Abstimmung übers neue Parlament aufdeckten – nicht mal zehn Oppositionskandidaten kamen in die „Schogorku Kenesch“, dafür zwei Kinder von Staatschef Akajew.

Baisalow hat sich zurechtgelegt, was er vor dem Präsidentenpalast zu den Massen sagen will: Dass die Kirgisen stolz sein können, nun in einer Reihe mit Georgien und der Ukraine zu stehen. Dass es aber sechs Monate dauern könne, bis Akajew seinen Sessel räume. Dass sie sich mit Zelten und Suppenküchen wappnen müssten für lange Proteste. Aber dass der Sieg den Kirgisen nicht mehr zu nehmen sei.

Verglichen mit Baisalow ist Alexander Kim ausgesprochen ruhig an diesem Tag. Der Chefredakteur der Bischkeker Zeitung „MSN“ steht am Fenster seines Arbeitszimmers in einem schäbigen Hochhaus an



Kirgischer Aktivist Baisalow, Chefredakteur Kim (in der Freedom-House-Druckerei in Bischkek): „Jeder muss heute seine Wahl treffen“



Sturm des Weißen Hauses in Bischkek (am 24. März): Betriebsunfall der Geschichte

YURI KOCHETKOV / DPA

der Alma-Atinsker Straße und beobachtet, wie die Akajew-Gegner ins Stadtzentrum ziehen. Wo sollte die nächste Revolution stattfinden, wenn nicht hier, denkt er.

Kirgisien hat Gold, Gas und Öl, aber es gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Korruption ist flächendeckend, Krankenhausplätze werden ebenso wie Staatsämter verkauft, an den von Stalin gezogenen Grenzen flammen regelmäßig Konflikte mit den benachbarten Usbeken und Tadschiken auf.

Das Land ist aber auch ein geopolitischer Spielball par excellence, eingeklemmt zwischen dem großen China und dem ölreichen Kasachstan, wirtschaftlich abhängig vom früheren Vormund Russland und seit dem Afghanistan-Krieg von den Amerikanern entdeckt: Am Flughafen Manas, 30 Kilometer vor der Stadt, hat Washington eine Airbase angemietet.

Kim ist 59 Jahre alt, ein Mann mit grauen Haaren, silbernem Kinnbärtchen und dem Pokerface eines Asiaten. Er weiß, dass unten auf der Straße nur noch die letzte Entscheidung ansteht. Für ihn ist die Revolution bereits vor Wochen entschieden worden. Hier, in diesem Haus, auf dieser Etage, in seinem Büro.

Als im verarmten, islamisierten Süden schon der Widerstand gegen das Akajew-Regime brodelte, war im besser gestellten Norden trotz der Wahlfälschungen kaum jemand bereit, auf die Straße zu gehen. In Bischkek schien es, als werde Akajew ewig bleiben. Bis zum 11. Februar.

Das war der Tag, als Kim den Artikel von Rina Prischwoit ins Blatt hob, seiner besten Korrespondentin. „Hier ist das Haus, das Akajew gebaut hat“, lautete die Schlagzeile über einem Foto, das einen weißen Palast am Stadtrand zeigte: die neue Villa des Akajew-Clans.

Die Redaktion legt schnell nach: Sie listet auf, wo Kirgisiens First Lady Mairam ihre Brüder untergebracht hat – einer kontrolliere den Bischkeker Osch-Basar, der andere diene an der Botschaft in Berlin. Sie schreibt, welche Diplomatenposten Akajews Brüder zugeschanzt bekamen, und wie schlimm es der Mann der ältesten Akajew-Tochter Bermet treibe – der „ge-

Blattes sind jeweils bereits am Vormittag verkauft.

Die Revolution hätten eine Tatarin und ein Koreaner gemacht, wird es später in Bischkek heißen – Prischwoit ist tatarischer Abstammung, Kim koreanischer Nationalität. Nur der Chefredakteur weiß: Es hätte nie ohne die Amerikaner geklappt.

Denn Kim, Lehrer für russische Sprache und Literatur, war journalistisch eigentlich bereits ein toter Mann. Zwar hatte er in den neunziger Jahren die Bischkeker „Abendzeitung“ zum Erfolgsblatt gemacht. Aber als der Akajew-Schwiegersohn sich auch dieser Geldquelle bemächtigte, ging es mit Kim bergab.

Er gründete die Zeitung „Moja stoliza“ (MS), verlor die Lizenz, gründete sie als „MSN“ neu, die Druckerei stornierte

den Vertrag, schließlich deckte ihn das Akajew-Imperium mit über 40 Klagen ein. Prozesskosten: mehr als 100 000 Dollar. Da halfen die Amerikaner.

Die ersten 30 000 Dollar gab die „National Endowment for Democracy“, dann legte die Soros-Stiftung eine Summe drauf. Wie viel? Kim spielt an seinem Brillengestell und lächelt verlegen: Er solle darüber nicht mehr reden, haben die Soros-Leute gesagt.

Die „Stipendien“ flossen in jenem Moment, da die nun in Afghanistan verstrickten USA den Hinterhof der einstigen Sowjetunion als Aufmarschplatz entdeck-

Kirgisien hat Gold, Gas und Öl und ist ein geopolitischer Spielball par excellence.

liebte Schwiegersohn des kirgisischen Volkes“: Er kontrolliere Dutzende von Unternehmen und liefere den Amerikanern mit Riesenprofit das Flugbenzin.

„Das hat den Leuten den Nuckel rausgejagt“, sagt der OSZE-Botschafter in Kirgisien, der Schweizer Markus Müller. Ein Aufschrei geht durch das bis dahin ruhige Bischkek. Als Kims „MSN“ in den nächsten Ausgaben Interviews mit dem wichtigsten Polit-Gefangenen bringt, Akajews früherem Sicherheitsminister Felix Kulow, und als einzige Zeitung von den Unruhen im Süden berichtet, ist der Durchbruch da. Die 50 000 Exemplare des



Betende Regimegegner in Akajews Büro (am 24. März), Freedom-House-Mann Stone: „Ich mach nur meinen Job“

ten. Bald fand Washington heraus, was der aufkeimenden Opposition gegen den Akajew-Clan besonders Not tat – und handelte. Das Ergebnis ist in der Gorkistraße Nummer eins zu besichtigen.

Im Flachbau einer früheren chemischen Reinigung, versteckt zwischen Industriebrachen und kargen Gemüseärten, steht Bischkeks modernste Druckerei. Ihr Glanzstück ist eine blankgewienerte Vierfarben-Offsetdruckmaschine schwedischen Fabrikats, auch die computergesteuerte Textübertragung hat höchstes Niveau.

Die Einrichtung sei vom „Volk der Vereinigten Staaten von Amerika zum Wohl der kirgisischen Republik“ gedacht und unter „Mitwirkung des Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit im State Department“ hierhergebracht worden, teilt eine Tafel mit – pures Understatement für amerikanische Verhältnisse, es geht um 1,7 Millionen Dollar.

Ein Geschenk ist die Anlage nicht. Dem Kuckuck des Gerichtsvollziehers gleich pappt selbst noch auf dem Kompressor ein Schild, wonach das betreffende Gerät „Eigentum des State Department“ sei, des Außenministeriums in Washington. Wohl wissend, dass die Druckerei für Kirgisiens Opposition so etwas wie die Herz-Kreislauf-Maschine für einen noch instabilen Patienten ist – und dass Akajews Leute schnell mal den Stecker ziehen könnten –, hatten die Amerikaner vorgesorgt.

Die Anlage blieb ihr Eigentum und wurde lediglich vermietet – an eine „Stiftung zur Unterstützung der Medien“. US-Senator und Ex-Präsidentschaftskandidat John McCain steht ihr vor, Mitglied ist unter anderem Anthony Lake, Clintons ehemaliger Sicherheitsberater. Damit das Regime auch begreife, dass sie es ernst meinen mit ihrem Engagement, begaben sich McCain und zwei weitere republikanische Senatoren zur Druckerei-Einweihung im November 2003

Ex-Präsident Akajew
„Den Nuckel rausgejagt“



höchstselbst ins ferne Nomadenland. Auch Botschafter Stephen Young war zugegen, er hatte den Deal eingefädelt.

Jeden Abend gegen 18 Uhr rattert die Schwedenmaschine los. 1,6 Millionen Exemplare regierungsunabhängiger Zeitungen druckt sie Monat für Monat, in fünf Sprachen, auch für die Nachbarrepubliken – Konterbande für Akajew und seine Amtskollegen in Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan. Das wichtigste Blatt ist die Bischkeker „MSN“.

„Diese Zeitung wäre nie auf einer staatlichen Maschine gedruckt worden“, sagt Mike Stone und zieht genüsslich an seinen Davidoff Lights: „Es war vor allem ein hervorragendes Stück Psychologie.“ Stone, 52, ist Projektleiter der Stiftung Freedom House, die im Auftrag des State Department die Druckerei betreibt.

Wenn man ihn durch die Halle gehen sieht – in fliederfarbener Hose und blauem Hemd, klein, grauhaarig und mit zerzausstem Bart, in seiner Kurzatmigkeit nur mühsam die Treppenstufen nehmend –, dann glaubt man nicht, dass Stone schon anderswo in der Welt die Medienlandschaft aufgemischt hat. Er hat in Virginia und Kalifornien Zeitungen gemacht, nach dem Mauerfall in Budapest, er war im finsternen Weißrussland und hat sich von dort seine Frau mitgebracht, und seit drei Jahren ist er nun in Bischkek.

Ist er ein aus Washington gesteuerter Einflussagent? „Unfug“, sagt Stone, „ich bin Geschäftsmann, ich mach nur meinen Job. Nichts hier ist Konspiration.“ Aber wenn er an den Februar denkt, an die

„MSN“-Ausgaben mit den Enthüllungen über den Akajew-Clan, dann muss er doch süffisant grinsen. Auf einmal sei eine „Riesenkampagne gegen Kim und seine Zeitung“ losgegangen, so Stone: „Die Leute um den Staatschef begriffen plötzlich: Es gibt da doch eine Opposition.“

Aber sie konnten nicht allzu viel tun. Sie schickten Demonstranten zur Redaktionsbesetzung, mit Plakaten, die Kim und Autorin Prischiwit als „Kirgisiens Aids“ diffamierten. Akajew selbst klagte vor Gericht. Und am 22. Februar, 6.50 Uhr früh, kappte das Regime der Druckerei schließlich den Strom.

Botschafter Young half sofort mit zwei Notstromgeneratoren, so dass sich wenigstens eine Schwarzweiß-Ausgabe der „MSN“ herstellen ließ. Drei Wochen später war eine autonome Trafostation samt neuem Dieselgenerator da.

Mike Stone, der Freedom-House-Mann, ist auch an diesem 24. März wieder in der Druckerei. Er plant ihren Ausbau, damit die Rotation zur Präsidentenwahl im Oktober größere Zeitungsaufgaben schafft. Für diese Zeit erhofft er den Machtwechsel in Bischkek. So, wie die Opposition, so, wie Edil Baisalow. Doch es kommt anders.

Es ist fast zwölf, da klingelt das Telefon: ein Bekannter aus dem Weißen Haus. Akajews Amtssitz werde gerade gestürmt, schreit es in der Leitung, der Staatschef sei geflüchtet, die Opposition plündere. Stone kann es nicht glauben.

Tatsächlich haben kurz zuvor die beiden Demonstrationzüge den Alatoo-Platz erreicht. Da fahren plötzlich Busse vor, Männer mit weißen Kappen, Stöcken und Steinen springen heraus und dreschen auf die Demonstranten ein. Bezahlte Schläger.

Es ist, als würden sie den Bischkeken letzte Skrupel aus den Leibern dreschen. Wutentbrannt stürmt die Masse auf die Wachen vor Akajews Amtssitz zu, durchbricht den Kordon und



Studentenaufmarsch gegen die Wahlfälschungen in Aserbaidschan (am 13. November), Präsident Alijew, Ölfelder in Baku: Opfer der

dringt in den Regierungssitz ein. Akajew wagt keinen Widerstand, er setzt sich ins Ausland ab. Der Herrscher Kirgisiens wird in weniger als 30 Minuten gestürzt.

Die „MSN“ von Alexander Kim erscheint tags darauf mit der Schlagzeile „Die Revolution ist vollbracht! Der Frühling unserer Freiheit!“. Freedom House dankt Botschafter Young für die „Unterstützung der Medienfreiheit in Kirgisien“. Aber es hat Plünderungen gegeben, Brandstiftungen, Tote. Der 24. März war keine Revolution. Er war ein Betriebsunfall der Geschichte.

Denn wenige Tage später übernimmt ein früherer Parteigänger Akajews die Macht, das Parlament bleibt, was es war: eine Ansammlung von Altkommunisten und Kriminellen. In den Monaten darauf kommt es zu gewalttätigen Kämpfen um die Staatsposten, alte Rechnungen werden beglichen, Parlamentarier umgebracht.

Die Nomenklatura hat die Macht nur neu unter sich aufgeteilt – und den Sturm des Weißen Hauses vermutlich selbst provoziert. So etwas ist möglich in einem Land, in dem es bis heute keine Bürgergesellschaft und kaum politische Parteien gibt.

„Sie haben uns die Revolution gestohlen“, klagt Tolekan Ismailowa, die Grande Dame der kirgisischen Bürgerrechtler. Baisalow, um seine Rede auf dem Alatoo gekommen, ist ebenfalls über die Frühgeburt verblüfft. So wie die Amerikaner auch.

„Die haben die Lage bei uns nicht wirklich analysiert“, sagt Ismailowa. Das klingt keck, denn ihr Zentrum „Bürger gegen Korruption“ hängt genauso am finanziellen Tropf Washingtoner Stiftungen wie die Baisalow-Truppe. Doch Frau Ismailowa hatte bereits früher gegenüber Botschafter Young aufbegehrt, weil die „Amerikaner über meinen Kopf hinweg ständig in die Regionalverbände hineinregiert ha-

ben“. Nun tröstet sie sich, dass der Umsturz womöglich der Anfang einer wirklichen Demokratisierung war.

In den klimatisierten Büros westlicher Vertretungen in Bischkek wird die Lage nicht ohne Schadenfreude kommentiert. „Die Amerikaner haben stark am Sitz Akajews gesägt“, bestätigt ein Missionsleiter. Young habe „Druck ausgeübt. Wir aber waren um Distanz bemüht und haben im Kleinen geholfen: bei der Polizei- und Justizreform, im Kampf gegen Korruption“.

Das wiederum erheitert MSN-Chefredakteur Alexander Kim. Die Europäer, sagt er, seien ideal gewesen für Akajew, „der Demokratie nur als polierte Fassade verstand. Die Amerikaner sind pragmati-

gelegt: 350 000 Dollar für den Ausbau unabhängiger Medien in Kirgisien und 613 000 Dollar für die Gründung neuer Informationszentren.

Mike Stone schließlich bleibt laut Vertrag noch bis Anfang nächsten Jahres in Bischkek. Dann will er weiterziehen. Vielleicht nach Aserbaidschan. Dort hat die Opposition ebenfalls Bedarf angemeldet für eine Druckerei. Für eine wie in Bischkek.

Auch in Baku am Kaspischen Meer hat das globale Revolutionsnetzwerk inzwischen sichtbare Knoten. Rasi Nurullajew wohnt mit Frau und zwei Kindern im achten Bezirk, zwischen Achtstöckern mit felsgrauen Fassaden am Rand der Hauptstadt Aserbaidschans. Genau dort, wo zwischen frischgeteerten Pisten ein einze-
 zelter, mit knöcheltiefen Pfützen übersäter Buckelpfad geblieben ist.

Alle Straßen des Viertels hat der Kandidat der Präsidenten-Partei am Tag vor der Parlamentswahl neu asphaltieren lassen. Nur diese nicht. Nurullajew, wegen oppositioneller Umtriebe noch im Mai in Haft, hat die Warnung verstanden.

Nach der Abstimmung vom 6. November 2005 erklärt sich das Lager um Staatspräsident Ilham Alijew zum Sieger der Wahl. Die Opposition beklagt Fälschungen und demonstriert seither regelmäßig im Herzen der Hauptstadt. Auch Nurullajew trotz den kühlen November-Böen und protestiert, obwohl er ahnt, dass es nichts nützen wird. Weil es noch zu früh ist für eine Revolution im ölreichen Aserbaidschan.

Wie es sich anfühlt, wenn der Glaube an das scheinbar Unmögliche erst Einzelne und dann ein ganzes Land erfasst, hat Nurullajew erlebt. Er war in Kiew, in Tiflis

„Die Amerikaner haben die Lage bei uns nicht wirklich analysiert.“

scher: Sie sagen genau, was sie wollen“. Seine Zeitung ist nun quasi Regierungsblatt, Korrespondentin Prischwiwit Kirgisiens Botschafterin in Wien.

Es ist nicht entschieden, wie es im Herzen Mittelasiens weitergeht. Ex-Staatschef Akajew warnt aus dem Moskauer Exil, Kirgisien könne „Ausgangspunkt für weitere Revolutionen in der Region“ sein. Washington hat finanziell noch einmal nach-



Oppositioneller Nurullajew
 „Wir fühlten uns betrogen“



EFREM LUKATSKY / AP

Interessenpolitik Amerikas und Europas

und beim Rebellen-Gipfel in Tirana. Er hält als Sprecher der Jugend-Oppositionsbewegung „Joch“ Verbindung zu den Gesinnungsgenossen im Ausland.

In Aserbaidtschan sei vieles anders, sagt Nurullajew, der furchtlos und fünfsprachig ist und ein Leuchtturm in der Bucht von Baku. Seine Landsleute seien zu einem „Volk von Schmeichlern, Betrügern und Lügern“ ge-

worden unter der Herrschaft der Alijews – vor Ilcham Alijew regierte dessen Vater Gejdar das Land mit eiserner Hand und nahezu ununterbrochen mehr als ein Vierteljahrhundert lang. Zur Rebellion fehlten den Aserbaidtschanern längst Selbstachtung und Mut. Vor allem aber fehle es ihnen an der nötigen Unterstützung von außen.

Aserbaidtschan, sagt Nurullajew, „ist das Opfer der Interessenpolitik Amerikas und Europas geworden“. Und dann erzählt er, wie im Mai US-Energieminister Samuel Bodman zur offiziellen Einweihung der 2,5 Milliarden Euro teuren Pipeline Baku–Ceyhan anreiste. Wie der die Reformen im Land lobte und „Hände schüttelte mit den Führern des Regimes, während unsere Leute verprügelt wurden oder im Knast saßen“. Das schmerzte, sagt Nurullajew, „wir fühlten uns betrogen“.

Mit einem kleinen Häuflein unverdrossener Oppositioneller aus Baku hatte er sich zuvor im Auto auf nach Tiflis gemacht, wo George W. Bush über Freiheit und Demokratie für die ganze Region sprechen wollte. Sie hatten Transparente dabei, auf denen stand: „Bush, gib uns fünf Minuten, und wir ändern deine Meinung über Aserbaidtschan“. Sie erreichten nicht einmal den Veranstaltungsort. Georgische Polizisten, inzwischen unter dem Kommando der Revolutionshelden von 2003, fingen die Störenfriede aus dem Nachbarland ab.

Wirklich verwundert hat es in Baku dann keinen mehr, als im Herbst, kurz vor der Wahl, George W. Bush brieflich, sein Vize Dick Cheney telefonisch und der US-Botschafter wiederholt mündlich dem Regime von Ilcham Alijew Signale übermittelte, die der als politische Überlebensgarantie deuten durfte – vorausgesetzt, allzu grobe Fälschungen bei den Wahlen unterblieben.

Die USA – dazu brav in deren Windschatten gekauert die Europäer – sind an stabilen Verhältnissen in Aserbaidtschan interessiert. Das Jahrhundertprojekt der Pipeline Baku–Ceyhan, durch die jetzt kaspisches Öl ans Mittelmeer gepumpt wird für die Märkte im Westen, ist vom ehemaligen US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski angebahnt worden. In der einflussreichen Amerikanisch-Aserbaidtschanischen Handelskammer drängelt sich bis heute die Vorhut der US-Globalstrategen: Kissinger, Baker, Scowcroft.

Die USA überweisen jährlich 90 Millionen Dollar Hilfe nach Aserbaidtschan. 100 weitere Millionen für eine sogenannte Caspian Guard zur Sicherung der Ölförderung hat das Pentagon zugesagt.

Unverändert bilden amerikanische Experten die 41. Marine-Spezialeinheit der aserbaidtschanischen Armee aus, beraten das staatliche Fernsehen, schulen Kleinunternehmer und halten Kontakt zu den



Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten in Minsk (Oktober 2004), Staatschef Lukaschenko, Parlamentsgebäude

Oppositionsführern. Selbst der Tod des prominenten Journalisten Elmar Gusseinow, ermordet in Baku im März 2005, wird mit amerikanischem Beistand untersucht – FBI-Agenten fliegen zur Klärung ein.

Aserbaidschan, mit gut acht Millionen Einwohnern überwiegend schiitischen Glaubens eingeklemmt zwischen den Regionalmächten Russland, Iran und Türkei, hat sich im geopolitischen Schach auf die Seite des Westens geschlagen. Die Grundlage dafür schuf der von vielen als Vater der Nation verehrte Ex-KGB-Generalmajor Gejdar Alijew, mit langfristigen Öllieferverträgen vor allem zugunsten der USA. Die Früchte erntet nun Sohn Ilham.

Er regiert ohne ernste Anfechtungen aus dem Ausland. Obwohl die Organisation Human Rights Watch im Vorfeld der Wahl tiefe Besorgnis über „Verhaftungen, Prügel und andere Formen von Einschüchterung“ durch die Staatsorgane zu Protokoll gibt. „Wir wenden Demokratie so weit an, wie es eben möglich ist“, sagt Ali Hassanow, innenpolitischer Berater des Präsidenten.

Draußen, in den Straßen von Baku, der 1,9-Millionen-Stadt am Kaspischen Meer, trägt der Wind den Geruch von den nahen Bohrinseln herüber. Baku ist auf Öl gebaut. Mit seinem Reichtum wie Elend, mit Jugendstilpalästen an der Uferpromenade und rostigen Pumpen in den Vororten, wo einst die Ärmsten der Armen ins Bohrloch hinabgelassen wurden, ehe man aus ihren Kleidern kostbares Öl wrang. Noch vor hundert Jahren bestritt Baku die Hälfte der Welt-Ölproduktion.

Jetzt wühlen bei der alten Villa der Gebrüder Nobel, die hier mit den Rothschilds und örtlichen Nabobs das große Geschäft machten, bis die Bolschewiki kamen, Flüchtlingskinder aus Berg-Karabach im Schlamm. In den Séparées der alten Karawansereien wie in den Yachtclubs tafeln derweil die Gewinner der Neuzeit.

Trotz sprudelnder Ölquellen lebt fast jeder zweite Aserbaidschaner in Armut. Die Reichtümer des Landes füllen die Taschen einer Minderheit. In Sachen Korruption liegt Aserbaidschan unter 159 Staaten weltweit an sechster Stelle.

Noch hoffen die Führer der politischen Opposition in Baku auf Hilfe von außen. Darauf, dass der Westen doch noch sichtbar den Daumen senkt über dem Regime Alijew mit seiner gierigen Funktionärskaste, seinem prügelnden Polizeiapparat und seinen auf staatsfromm getrimmten Medien. Noch murmeln der Historiker Issa Gambar, unterlegener Präsidentschafts-

Trotz sprudelnder Ölquellen lebt fast jeder zweite Aserbaidschaner in Armut.

kandidat von 2003, und Ali Kerimli von der Volksfront das Mantra von der Demokratie, die nicht noch einmal wie nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Altar der Stabilität geopfert werden dürfe.

Hatte das nicht George W. Bush unlängst in Tiflis so gesagt? Und Condoleezza Rice in Kairo? Müssen die Führer der freien Welt jetzt nicht zu ihren Worten stehen?

Die Parlamentswahl vom 6. November hätte „mehrere OSZE-Bedingungen und Standards des Europarats für demokrati-



„Subr“-Aktivist Kobez
„Die Angst vor dem Diktator nehmen“

sche Wahlen nicht erfüllt“, heißt es im vorläufigen Bericht der westlichen Beobachter-Mission. Das wäre, politischen Willen vorausgesetzt, durchaus als diskretes Startsignal für einen weiteren, friedlichen Anlauf zum Umsturz zu deuten gewesen. Wie damals in Tiflis oder Kiew.

Aber die Weichen waren diesmal frühzeitig in eine andere Richtung gestellt. So hat die US-finanzierte Eurasia-Stiftung ausgerechnet im Wahljahr 2005 ihre direkten Zuwendungen für aserbaidschanische NGOs reduziert – von ohnehin bereits bescheidenem Niveau aus. In den Donorcharts, dem Barometer, das den interna-

tionalen Druck auf ein Regime anzeigt, liegt Aserbaidschan zurzeit weit hinten und Weißrussland in Front. Vor allem seit die

US-Außenministerin den Bannstrahl öffentlich auf das Lukaschenko-Regime in Minsk gerichtet hat.

„Mit 20 000 Dollar kannst du keine Revolution machen“, sagt ein frustrierter Regimegegner in Baku. Rasi Nurullajew fügt hinzu, seine Bewegung habe dieses Jahr exakt 1000 Euro Unterstützung erhalten.

In der Geschäftsstelle seines „Joch“-Bündnisses in Baku, einem kargen Dreizimmer-Verschlag hinter dem Bahnhof, stapeln sich selbstentworfene und bezahlte T-Shirts, Mützen und Fähnchen für den Tag X. Nicht orange, wie in der Ukraine.

Nein, grün – wie die Hoffnung, wie die Farbe des Islam. Jedes Land, sagt Nurullajew, habe eigene Traditionen, Gesetze, Codes. An der Globalisierung, am Zugang zur Welt jenseits von Aserbaidschan, zu der seine Computer das Fenster öffnen, fasziniert ihn vor allem die Möglichkeit, Wissen schnell auszutauschen. Und weniger die Aussicht, einem westlichen Bündnis unklarer Gesinnung einverleibt zu werden.



von Minsk: Gigantisches Freilichtmuseum, in dem die alten Sowjetuhren unverändert ticken

„Das Volk hier ist noch nicht so weit“, sagt Nurullajew, der die Thesen von Gene Sharp, dem US-Cheftheoretiker des gewaltlosen Widerstands, sorgfältig studiert hat. Die Fehler von Ukrainern und Georgiern, die sich zum Umsturz entschlossen ohne Plan für die Zeit danach, müssten künftig vermieden werden: „Bei Gene Sharp steht: ‚Bevor du einen Tisch zerschlägst, überlege dir genau, wie der neue aussehen soll.‘“

Weißrussland liegt mitten in Europa; keine 900 Kilometer Luftlinie von Berlin, keine 200 von Warschau, keine 40 von Vilnius beginnt dieses Gebilde – und ist doch kaum von dieser Welt. Weißrussland dünkt den meisten Europäern so unbekannt und undurchdringlich wie eines dieser großen Schwarzen Löcher draußen im All: ein blinder Fleck.

Seine Hauptstadt heißt Minsk. 1,7 Millionen Einwohner, graue, weite Straßen mit grauen Häusern und grauen Geschäften. 15 Kilometer breit von Ost nach West und Nord nach Süd. Minsk wurde von den Nazi-Truppen im Zweiten Weltkrieg zum großen Teil niedergebrannt, in den Kämpfen zur Befreiung fast ganz zerstört, aber 1946 als sozialistische Stadt wieder aufgebaut. Und immer noch prägen Hammer und Sichel in den Straßen das Bild.

Einer der wenigen Höhepunkte im pseudoklassizistischen Stadtbild: der kleine Park mit der Derschinski-Statue. Sie steht an der Hauptstraße schräg gegenüber dem Kaufhaus GUM, täglich mit frischen Blumen geschmückt. Offensichtlich sind die Stadtväter stolz auf den wegen seiner Brutalität verfeimten Gründer der Tscheke, der berühmtesten Vorläuferin des sowjetischen Geheimdienstes KGB. In Weißrussland hat es das KGB nicht für nötig gehalten, seinen Namen zu ändern, und seine undurchsichtigen, brutalen Praktiken ebenso wenig.

In Minsk muss man nicht gewesen sein. Außer man interessiert sich für ein gigantisches Freilichtmuseum, in dem die alten Sowjetuhren wie durch ein Wunder noch unverändert ticken – und für junge Revolutionäre, die mit Mut und Einfallsreichtum, ständig von Verfolgern bedroht, am



VASILY FEDOSENKO / REUTERS

Studentenprotest vor der KGB-Zentrale in Minsk: *Repression und nochmals Repression*

Sturz eines übermächtigen Gewaltherrschers basteln.

Sie stehen vor einer riesigen Aufgabe. Übereinstimmend nennen die amerikanische Regierung wie auch die EU Alexander Lukaschenkos Weißrussland „die letzte Diktatur Europas“. Der Herrscher von Minsk kontrolliert alles und jeden. Und kaum jemand glaubt, dass Lukaschenko, 51, so leicht aus dem Amt zu jagen sein wird wie etwa Georgiens früherer Präsident Eduard Schewardnadse in Tiflis.

Ein Treffen mit den jungen Regimegegnern zu arrangieren ist nicht leicht. Zuverlässige Mittelsmänner sind gefragt, bevor sich Wlad Kobez und Alexander Atroschtschankau von der oppositionellen Bewegung Subr („Wisent“) zu einer Vereinbarung bereit finden. In Minsk kann alles eine Falle sein. Als Eisbrecher wirken schließlich gemeinsame Bekannte: Belgrads Otpor-Mitbegründer Aleksandar Marić, der vielgereiste „Ché Guevara“ der untereinander vernetzten Jung-Revolutionäre, sowie Mitglieder der georgischen Kmara und der ukrainischen Pora.

„Ohne die jugoslawischen Kämpfer würde es uns wahrscheinlich gar nicht geben“, sagt Subr-Koordinator Kobez, 34. „Von ihnen haben wir gelernt, wie wichtig es ist, den Menschen mit spontanen Aktionen diese alles lähmende Angst vor dem Diktator zu nehmen.“ Subr-Leute malten sich Masken mit dem Lukaschenko-Konterfei und gestalteten eine bissige Satire auf den Autokraten – „erstmal wagten die Menschen, über ihn zu lachen“. Sie erinnerten mit Fotos an die in den Lukaschenko-Kerkern Verschwundenen, kritzelten regiekritische Graffiti an Häuserwände.

Subr-Aktivist Atroschtschankau, 24, meint: „Als Belgrads Regime im Jahr 2000

fiel, sagten die Weißrussen: Das war keine Sowjetdiktatur, die hatten es vergleichsweise leicht. Als Georgien 2003 seinen korrupten Herrscher loswurde, sagten sie: Die im Kaukasus, das sind heißblütige Typen, so was wird bei uns nie passieren. Erst seit unser Nachbarland Ukraine im letzten Dezember seine Herrscher durch Massendemonstrationen verjagte, gibt es diese neue, hoffnungsvollere Stimmung: Vielleicht geht ja auch bei uns etwas.“

Aber noch ist das Risiko für die Aktivisten hoch, die Geschichte der Organisation Subr beweist es schmerzlich. Kobez war Abteilungsleiter im Umweltministerium, als ihm 1996 klar wurde, dass der zwei Jahre zuvor an die Macht gekommene Ex-Komsomolfunktionär Lukaschenko sich zum Alleinherrscher entwickelte – er ver-

Einsamkeit sei sein „wundester Punkt“, bekennt der Herrscher von Minsk.

ließ daraufhin seinen Posten. Atroschtschankau protestierte an der Minsker Universität gegen die Ausschaltung des Parlaments – und wurde von der Juristischen Fakultät verwiesen. Die beiden nahmen dann an einigen der von den Serben organisierten Lehrgängen zum zivilen Widerstand teil. Bei Versammlungen in Minsker Privatwohnungen bereiteten sie die Gründung einer eigenen Organisation vor.

Am 14. Januar 2001 ist es so weit. 40 Aktivisten treffen sich in der Beloweschskaja Puschtscha, einem einzigartigen Naturschutzgebiet, um eine Bürgerrechtsbewegung zu gründen. Sie nennen sie „Subr“ – nach dem Wappentier des Landes, einer massigen Bison-Art, die hier noch in freier Wildbahn vorkommt. Kurzfristige Ab-

sichten: Dokumentation der Regimeverbrechen und Demonstrationen für verschwundene oder inhaftierte Oppositionelle. Langfristige Ziele: eine Demokratisierung Weißrusslands durch faire Wahlen und Integration in die Europäische Union.

Lukaschenkos Reaktion auf den Widerstand von unten ist Repression und nochmals Repression. Sein Geheimdienst und seine Spezialpolizei verprügeln und verhaften Hunderte friedlicher Demonstranten; den Subr-Aktivisten Andrej Saizau aus der Stadt Gomel treiben die KGB-Scheren in den Selbstmord.

Doch eine dezentrale Bewegung wie Subr lässt sich nicht umfassend ausspionieren oder gar ausschalten. Die Jugendlichen treffen sich in Fußball-Clubheimen, am Rande von Popkonzerten, bei patriotischer Folklore – Veranstaltungen, die Lukaschenko kaum verbieten kann. „Wir sind heute in 152 weißrussischen Städten vertreten“, sagt Kobez, „besonders stark an Universitäten und Schulen.“

Der Diktator reagiert zunehmend nervös. Er lässt im Juli 2004 die Europäische Humanistische Universität schließen; im Oktober 2004 fälscht er ein Referendum, das die Begrenzung der Präsidentenamtszeit aufhebt, mit 86,2 Prozent Jastimmen so sehr zu seinen Gunsten, dass internationale Wahlbeobachter von einer „Farce“ sprechen. Im August 2005 verweigert er einer Delegation des EU-Parlaments die Einreise und wütet zugleich gegen die polnische Minderheit, verbietet eine ihrer Stiftungen und sogar Tanzveranstaltungen. Anfang Oktober verhaftet Lukaschenkos Polizei den Subr-Aktivisten Nikita Sassim – auf offener Straße, ohne Begründung.

Inzwischen haben selbst die lange Zeit zögerlich reagierenden Europäer die Weichen auf Sanktionen gegen Minsk gestellt. Mit Brüsseler Geldern strahlt die Deutsche Welle seit kurzem ein regimekritisches Radioprogramm für Weißrussland aus.

Als enger Verbündeter bleibt Lukaschenko nur der große Bruder Russland. Aber obwohl Präsident Wladimir Putin offenkundig nicht noch ein Nachbarland „in Nato-Hände“ fallen lassen will, kommt es durch den selbstbewussten Exzentriker Lukaschenko immer wieder zu Spannungen zwischen Moskau und Minsk. Dabei ist Weißrussland extrem abhängig vom mächtigen Nachbarn. Als der russische Erdgaskonzern Gazprom im Januar 2004 – offiziell wegen Preisstreitigkeiten – für einige Tage alle Erdgaslieferungen an Weißrussland einstellt, trifft dies den Nerv des Landes. Lukaschenko spricht von einem „Terrorakt“, hält sich aber seitdem mit Kritik an Putin zurück. Einsamkeit sei sein „wundester Punkt“, bekennt er neuerdings.

Beginnt so die Götterdämmerung des Gewaltherrschers? Oder ist die wirtschaftliche Situation des Landes nicht immerhin

so passabel, dass zumindest ein Teil des Zehn-Millionen-Volks, die konservative und eher lethargische Landbevölkerung, weiter hinter Lukaschenko steht? Gibt es in Weißrussland auch nur annähernd dieses ausgeprägte Nationalgefühl à la Ukraine, das Menschen aus Stolz auf die Heimat Leib und Leben riskieren lässt?

Kobez zuckt die Schultern. „Wir werden sehen, ich bin jedenfalls optimistisch“, sagt er, in den nächsten Monaten seien viele Demonstrationen geplant. Obwohl nicht direkt in den politischen Parteienprozess involviert, unterstützen die Sub-Aktivisten den gerade gekürten gemeinsamen Oppositionskandidaten Alexander Milinkewitsch, 58. Der Physiker will kommenden Juli gegen Lukaschenko antreten.

dichten Türen als Großmeister innenpolitischer Ränke profiliert hat.

Surkow schickt Kreml-treue Jugendorganisationen nach Komsomolzen-Muster ins Rennen gegen die zunehmend international vernetzten, mit Internet, SMS und Flash-Mob-Strategie vertrauten Unruhestifter im eigenen Land. Und er organisiert die nötigen Mehrheiten in der Staatsduma für vorbeugende gesetzliche Maßnahmen.

Dem Kreml-ergebenen Parlament liegt derzeit der Entwurf eines Gesetzes vor, das die Arbeitsmöglichkeiten von Nicht-

Staat bedrängt wie in Putins Russland. Dabei zählt Usbekistan zu den wenigen verbliebenen Bauern auf dem geopolitischen Schachbrett Russlands. Mit dem Gewaltherrscher Islam Karimow, der im Mai eine Rebellion gegen sein Regime blutig niedermetzeln ließ, unterzeichnete Putin am Montag voriger Woche einen Beistandspakt gegen „Aggression“. Die Geheimdienste beider Länder kooperieren eng. 150 Kilometer östlich von Moskau sind im Juni 13 Usbeken festgenommen worden, denen nun die Abschiebung in die Hände von Karimows Schergen droht – sie sollen an den Unruhen im Fergana-Tal teilgenommen haben.

Der Kreml organisiert den Widerstand gegen das Virus gewaltloser Revolutionen.

Auch in Kasachstan, wo am 4. Dezember die nächste Präsidentenwahl ansteht, setzt Moskau auf einen Sieg des autoritären Amtsinhabers – Nursultan Nasarbajew lässt dort die demokratische Opposition formal gewähren und die schmutzige Arbeit von seinen Sicherheitsdiensten erledigen, die eng mit Moskau kooperieren. Die schicken als Rowdys verkleidete Mitarbeiter zum Krawallstiften auf Veranstaltungen der Opposition oder lassen acht Tonnen Wahlkampfmaterial der Regimekritiker spurlos verschwinden. Am vorvergangenen Sonnabend ist der Oppositionsführer Samanbek Nurkadilow erschossen in seinem Haus aufgefunden worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Natürlich ist den Herrschenden nicht entgangen, dass es auch in Kasachstan inzwischen revolutionäre Umtriebe und eine oppositionelle Jugendorganisation namens „Kachar“ gibt, so wie in Usbekistan „Kamolot“ und in Russland, neben aufmüpfigen National-Bolschewiken, nun die „Ohne-Putin-Marschierenden“ und andere Gruppen, die aufmerksam die Umwälzungen im Ausland verfolgen.

Und natürlich wäre die Mission der Revolutions-GmbH nicht vollendet, würde nicht auch in Usbekistan wahr, im volkreichsten Staat Mittelasiens, in Kasachstan, dem mit Öl und Gas gesegneten Anrainer am Kaspischen Meer, und schließlich in Russland, dem größten Land der Erde, was sich die Widerständler in Serbien, Georgien oder der Ukraine auf ihre Fahnen schrieben – die Freiheit des Volks, über seine Herrscher wie über die Verwendung seiner Reichtümer real mitzubestimmen.

Als passende moralische Leitlinie, für Noch-Autokraten im Amt wie für Ex-Revolutionäre an neuen Futtertrögen, darf gelten, was Mahatma Gandhi einst den englischen Kolonialherren in Indien entgegenhielt: „Nicht wir haben uns nach Ihren Wünschen zu verhalten, sondern Sie sich nach unseren; Sie dürfen die Schätze behalten, die Sie dem Land entzogen haben; mehr aber steht Ihnen nicht zu.“



TATIANA MAKEJEVA / AFP

Staatschefs Nasarbajew (l.), Karimow (M.), Putin*: Freifahrtschein für Schikanen

Doch der Diktator hat gerade erst wieder klar gemacht, was er von einem demokratischen Wettbewerb hält. „Was könnt ihr denn schon machen? Ihr werdet mich wählen!“, rief er Anfang November während einer Reise durch die Provinz. Es dürfe keine Entwicklung wie in Georgien und der Ukraine geben, beschwört er bei anderen Auftritten, keine „Destabilisierung des Landes“. „Und es wird auch nie so weit kommen.“

So unterschiedlich Lukaschenko und Putin ticken – diese Sätze könnten auch vom Präsidenten Russlands stammen.

Weißrussland oder Ukraine, Georgien oder Kirgisien – die Bugwellen der Umstürze im ehemals sowjetischen Herrschaftsbereich werden in Moskau für gewöhnlich spät, aber aufmerksam registriert. Den Widerstand gegen die Ausbreitung des Virus gewaltloser Revolutionen auf Russland selbst und befreundete Staaten organisiert Putins Präsidialverwaltung – allen voran Wladislaw Surkow, der sich im Kreml-Trakt, Zimmer 410, hinter schall-

regierungsorganisationen (NGOs) auf russischem Gebiet entscheidend einschränken würde. Niederlassungen internationaler Verbände müssten demnach die Verwendung ihnen zugewiesener Mittel vom russischen Staat auf „Zweckmäßigkeit“ prüfen lassen – ein Freifahrtschein für Schikanen. Geplant ist außerdem, Ausländern die Mitarbeit in NGOs erst nach einem Jahr Aufenthalt in Russland zu gestatten.

Vorangegangen war die Behauptung von Nikolai Patruschew, Chef des Inlandsgeheimdienstes, NGOs dienten ausländischen Spionen zur Tarnung. Und die Drohung von Präsident Putin, Russland gedenke nicht, sich mit der Finanzierung „politischer Tätigkeit“ durch das Ausland abzufinden.

„Dieses Gesetz brächte uns an den Rand der Schließung“, sagt Alexander Petrow von Human Rights Watch in Moskau: „Nicht einmal in Usbekistan“ werde seine Menschenrechtsorganisation derart vom

* Mit Tadschikistans Präsident Rachmonow (2. v. l.) am 7. Oktober in St. Petersburg.

RENATE FLOTTAU, ERICH FOLLATH, UWE KLUSSMANN, GEORG MASCOLO, WALTER MAYR, CHRISTIAN NEEF